

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2005-03-14

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter: Fraktion Unabhängige
Bürger
Telefon:

**Antrag
Drucksache Nr.**

00533/2005

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Analyse und Konzept zur wirtschaftlichen Betätigung der Landeshauptstadt Schwerin

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die wirtschaftliche Betätigung der Landeshauptstadt sowie das Beteiligungsmanagement zu optimieren und dabei insbesondere folgende Zielstellungen umzusetzen:

1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Schwerin ist daraufhin zu analysieren, ob die derzeit existierende Vielzahl von rund 30 Eigengesellschaften, -betrieben und Beteiligungen die geeignete und effektive Organisationsform für die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben der Landeshauptstadt darstellt und ferner, in welchen Bereichen bis zum Jahre 2010 Veränderungen - wie bspw. Verkäufe oder Unternehmensbeteiligungen - in Betracht gezogen werden sollten.
2. Auf der Grundlage dieser Analyse sind kurz-/mittel- und langfristige strategische Ziele der wirtschaftlichen Betätigung der Landeshauptstadt festzuschreiben, die sowohl für die städtischen Unternehmen / Eigenbetriebe als auch für die Stadt als (Mehrheits-) Gesellschafter verbindlich sind.
3. Zur regelmäßigen Unterrichtung der Stadtvertretung ist ein Berichtswesen aufzubauen, das geeignet ist, außerhalb der vor- und nachjährigen Betrachtung in Form von Wirtschaftsplänen und Jahresabschlüssen über die aktuelle wirtschaftliche Situation der städtischen Unternehmen zu informieren.
4. Der Stadtvertretung sind zur Sitzung im September 2005 erste Arbeitsergebnisse vorzulegen.

Begründung

Die Landeshauptstadt verfügt über keine strategische Planung, welche konkreten Zielstellungen sie durch ihre wirtschaftliche Betätigung insgesamt erreichen will. Gleichwohl werden immer wieder auch unter dem Druck der Haushaltskonsolidierung intensive Diskussionen über Verkäufe von oder Beteiligung an einzelnen städtischen Unternehmen geführt. Insofern besteht die Gefahr, Einzeleinscheidungen isoliert, also ohne den Blick auf die Gesamtsituation der städtischen Wirtschaftsunternehmen zu treffen.

Die Gründung der GBV hat bislang zu keinen nennenswerten Veränderungen geführt.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass ein einfaches, verständliches und aktuelles Berichtswesen zu den städtischen Gesellschaften und Betrieben nicht existiert; die wirtschaftliche Situation der Unternehmen erschließt sich nur dem Eingeweihten durch Studium von Wirtschaftsplänen und Jahresabschlüssen. Unterjährige Informationen werden zwar in den Aufsichtsgremien gegeben, gleichwohl besteht der Informationsbedarf über konkrete Entwicklungen oder Kennzahlen auch darüber hinaus. Ein Beispiel für die geringe Bedeutung, die der Stadtvertretung in Bezug auf die städtischen Unternehmen zuteil wird, liegt darin, dass die Verwaltung jetzt erst den 5. Beteiligungsbericht - Bericht über die Entwicklung der Gesellschaften und Eigenbetriebe für die Jahre 2001 bis 2003 - der Stadtvertretung vorlegt. Der Nutzwert des Berichtes ist sehr gering.

Der Situation und strategischen Entwicklung städtischer Gesellschaften, Beteiligungen und Betriebe ist angesichts des dortigen Kapitals, wegen der beträchtlichen Umsätze, der zum Teil mit städtischen Bürgschaften besicherten hohen Verbindlichkeiten sowie mit Blick auf die Vielzahl dortiger (städtischer) Beschäftigter künftig deutlich mehr Beachtung beizumessen.

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---

Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---

Anlagen:

keine

gez. Rolf Steinmüller
Fraktionsvorsitzender